



## BREMER FRIEDENSFORUM

Bremer Friedensforum Goetheplatz 4 28203 Bremen

Herrn  
Sigmar Gabriel  
Bundesminister des Auswärtigen  
Auswärtiges Amt  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

### Villa Ichon

Ekkehard Lentz Tel. (0421) 396 18 92  
Eva Böller Tel./Fax (0421) 35 58 16  
Hartmut Drewes (0421) 644 14 70  
Barbara Heller (0421) 4 34 18 52  
Internet: [www.bremerfriedensforum.de](http://www.bremerfriedensforum.de)  
E-Mail: [info@bremerfriedensforum.de](mailto:info@bremerfriedensforum.de)  
Bankverbindung: DE 47250100300123268306

den 22. März 2017

Sehr geehrter Herr Minister Gabriel,

am 23. Dezember 2016 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit überwältigender Mehrheit dafür gestimmt, im Jahr 2017 **Verhandlungen zu einem Atomwaffenverbot** zu beginnen.

Deutschland hat zu unserem Bedauern bei dieser Abstimmung gegen die Annahme der Resolution L.41 gestimmt, die den Weg für diesen Prozess ebnet. Die Bundesregierung hat darüber hinaus angekündigt, den am 27. März 2017 beginnenden Verhandlungen fern zu bleiben und bildet damit zusammen mit vier der insgesamt neun Atomwaffenstaaten einen Block gegen jeden Fortschritt in Richtung Ächtung.

Diese auf den nuklearen Status quo ausgerichtete Strategie ist zugleich Ausdruck der Verdrängung eines sich weltweit vollziehenden geopolitischen Wandels. Damit schränkt die Bundesregierung ihren außenpolitischen Handlungsspielraum empfindlich ein, ebenso wie ihr Potential, diesen Wandel im Interesse Deutschlands und im Sinne einer friedlichen und gerechten Weltordnung für die Zukunft mitzugestalten.

Atomwaffen sind die einzigen Massenvernichtungswaffen, die noch nicht völkerrechtlich verboten sind. Ihre Ächtung wäre ein wichtiger Schritt, um diese völkerrechtliche Lücke zu schließen, die nukleare Abrüstung voranzutreiben und sich dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt zu nähern. Dies gilt auch, wenn nicht alle Staaten diesen Schritt von Anfang an mitgehen.

Die Bundesregierung begründet ihre Verweigerung von Verhandlungen damit, dass die Atomwaffenstaaten nicht einbezogen seien und der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) Ausgangspunkt eines Atomwaffenverbotes sein müsste. Der Verhandlungsprozess steht jedoch allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, einschließlich

der Atomwaffenstaaten und ihren Alliierten offen. Die Absicht, Atomwaffen völkerrechtlich zu ächten ist darüber hinaus im NVV selbst verankert.

Wenn sich die Bundesregierung mit Ernsthaftigkeit um die Einbettung eines Atomwaffenverbotes in die bestehende Rüstungskontrollarchitektur und die Kompatibilität mit dem NVV sorgt, muss sie sich für entsprechende Lösungen am Verhandlungstisch einsetzen.

Sehr geehrter Herr Minister, der Boykott von multilateralen Verhandlungen zu einem Atomwaffenverbot schadet der Glaubwürdigkeit unseres Landes im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle und widerspricht dem Anspruch, mehr globale Verantwortung zu übernehmen.

Die aktuelle Haltung der Bundesregierung ist mit dem außenpolitischen Selbstverständnis Deutschlands als fördernde Kraft des Völkerrechts und einer friedensstiftenden Weltordnung nicht vereinbar.

**Atomwaffen sind eine der größten Bedrohungen für die Menschheit und unseren Planeten.** Noch immer gibt es circa 14 900 Atomwaffen, von denen rund 1 800 ständig einsatzbereit sind und binnen Minuten abgefeuert werden können. Ihre im Ausmaß unbeherrschbare Zerstörungskraft sowie die katastrophalen humanitären und ökologischen Auswirkungen ihres Einsatzes verbieten auch, im Rahmen einer Abschreckungspolitik mit Atomwaffen zu drohen oder die eigene Sicherheitspolitik auf Nuklearwaffenarsenale zu gründen. Es wäre gerade heute unverantwortlich, sich darauf zu verlassen, dass es einen verantwortungsbewussten Umgang mit diesen Waffen geben kann.

Wir fordern Sie, Herr Minister, daher eindringlich dazu auf, die harte und ablehnende Haltung Deutschlands gegen ein Atomwaffenverbot aufzugeben und an den im März, Juni und Juli 2017 stattfindenden Verhandlungen teilzunehmen, hierbei eine konstruktive Rolle einzunehmen und sich für eine mit dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag vereinbare völkerrechtliche Lösung einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Ekkehard Lentz  
Sprecher Bremer Friedensforum